

## MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

### 13. Ministerrat

#### 6. April 2022

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom März d.J., mit dem ein Beschluss vom 22. März 2022 betreffend „Konsequenzen aus dem Behördenversagen auf Bundesebene im Kriminalfall Commercialbank“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom März d.J., mit dem ein Beschluss vom 22. März 2022 betreffend „leistbares Wohnen“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom März d.J., mit dem ein Beschluss vom 22. März 2022 betreffend „Fachkräfteoffensive im Burgenland“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Bürgermeisters von Gössendorf vom 21. März 2022, mit dem eine Resolution vom 14. März 2022 betreffend „Ausbau der A9 Pyhrnautobahn“ vorgelegt wird.
5. Schreiben von 5 Gemeinden (Andorf, Niederthalheim, Peuerbach, Feldkirchen, Steinhäus), mit denen Resolutionen betreffend „spürbares Entlastungspaket zur Eindämmung der hohen Energiekosten“ vorgelegt wird.
6. Schreiben von 15 Gemeinden (Schrattenbach, Kirchstetten, Schärding, Miesenbach, Feldkirchen, Leobendorf, Peterskirchen, Spital/Pyhrn, Neufelden, Redleiten, Schenkenfelden, Waldkirchen, Andorf, Langau, Rosenau am Hengstpaß, Altenberg), mit denen Resolutionen „gegen Atomkraft als nachhaltige Investition in die Taxonomieverordnung“ vorgelegt werden.
7. E 240-NR/XXVII.GP vom 23. März 2022 betreffend „Evaluierung der Wirtschaftshilfen und Lehren aus der Krise“ (Wortlaut siehe Beilage).
8. E 242-NR/XXVII.GP vom 23. März 2022 betreffend „Frauenförderung im MINT-Bereich“ (Wortlaut siehe Beilage).
9. E 244-NR/XXVII.GP vom 23. März 2022 betreffend „Berücksichtigung der Kosten, die im Vollzug des Staatsbürgerschaftsgesetzes wegen der Novellierung des § 58c Staatsbürgerschaftsgesetz entstehen wird“ (Wortlaut siehe Beilage).
10. E 245-NR/XXVII.GP vom 23. März 2022 betreffend „Bereitstellung ausreichender Mittel für das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten“ (Wortlaut siehe Beilage).

# **Entschließung**

## **des Nationalrates vom 23. März 2022**

### **betreffend Evaluierung der Wirtschaftshilfen und Lehren aus der Krise**

Die Bundesregierung, und im Speziellen der Bundesminister für Finanzen, wird ersucht eine Evaluierung der Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft während der COVID-Pandemie, insbesondere in Hinblick auf ihre makroökonomische Wirkung, in die Wege zu leiten. Dafür sollen die notwendigen Daten, Ressourcen und Infrastrukturen zur Verfügung gestellt werden und von unabhängigen Wissenschaftler\*innen und Forschungsinstitutionen analysiert werden. Durch die Evaluierung sollen wissenschaftlich fundierte Lehren aus der Krise gezogen werden und diese auch der Öffentlichkeit präsentiert werden.

# **Entschließung**

## **des Nationalrates vom 23. März 2022**

### **betreffend Frauenförderung im MINT-Bereich**

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird ersucht, die verschiedenen Aktivitäten und Projekte zur Förderung von Frauen in MINT über die gesamte Bildungskette zu bündeln, abzustimmen und umfassend darzustellen sowie eine MINT-Strategie für eine nachhaltige Erhöhung des Anteils von Mädchen und Frauen in Ausbildungsformen für technische Berufsfelder zu entwickeln.

# **EntschlieÙung**

## **des Nationalrates vom 23. März 2022**

**betreffend Berücksichtigung der Kosten, die im Vollzug des Staatsbürgerschaftsgesetz wegen der Novellierung des § 58c Staatsbürgerschaftsgesetz entstehen wird**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei den Verhandlungen über den Finanzausgleich für die Jahre ab 2024 die Mehrkosten, die durch den Vollzug der Bestimmungen über Sondererwerbstatbestände für Personen, die im NS-Regime verfolgt wurden und ihre österreichische Staatsbürgerschaft verloren haben, sowie deren Nachfahren anhand konkreter und nachvollziehbarer Berechnungen sowie Prognosen zu berücksichtigen.

# EntschlieÙung

## des Nationalrates vom 23. März 2022

### **betreffend Bereitstellung ausreichender Mittel für das Bundesministerium für Europäische und Internationale Angelegenheiten**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten die zusätzlichen Personal- sowie Finanzressourcen zur Verfügung zu stellen, damit die betroffenen Vertretungsbehörden die novellierte Regelung für Opfer des Nationalsozialismus und deren Nachkommen kundenfreundlich, professionell und rasch durchführen können. Demgemäß sollen die Mehrkosten in den Finanzjahren 2024-2026 im Bundesfinanzrahmengesetz für den relevanten Zeitraum Berücksichtigung finden.